

Ordentliche Hauptversammlung 2011
der
Autobank Aktiengesellschaft
am 27. Mai 2011

**Bericht des Vorstands der Autobank Aktiengesellschaft gemäß § 153 Abs 4 AktG zum
Ausschluss des Bezugsrechtes bei der Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage**

1. Beschluss

Zu Punkt 5. der Tagesordnung (Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen von Forderungen gegen Ausgabe von Vorzugsaktien samt Umwandlung von Stammaktien in Vorzugsaktien) schlagen Vorstand und Aufsichtsrat der Autobank Aktiengesellschaft (im Folgenden „**Gesellschaft**“) der Hauptversammlung folgende Beschlussfassung vor:

1. Das Grundkapital der Gesellschaft wird von EUR 7.543.152,00 um EUR 1.600.000,00 auf EUR 9.143.152,00 durch Ausgabe von 1.600.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zum Ausgabebetrag von EUR 1,00, der dem anteiligen Betrag am Grundkapital der Gesellschaft entspricht, gegen Einbringung von Forderungen der DSK Leasing GmbH & Co. KG gegen die Gesellschaft im Nominale von EUR 2.500.000,00 aus Nachrangkapital (§ 23 Abs 8 BWG) und im Nominale von EUR 1.500.000,00 aus Ergänzungskapital (§ 23 Abs 7 BWG), somit im Gesamtnominale von EUR 4.000.000,00, als Sacheinlagen erhöht;
2. das Bezugsrecht der bestehenden Aktionäre wird gemäß § 153 Abs 3 AktG ausgeschlossen;
3. zur Übernahme der Vorzugsaktien wird DSK Leasing GmbH & Co. KG, eingetragen unter HRA 861166 im Handelsregister des Amtsgerichts München, zugelassen;
4. gleichzeitig werden 1.400.000 Stück von DSK Leasing GmbH & Co. KG gehaltene auf Inhaber lautende Stückaktien in 1.400.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht umgewandelt;
5. wenn die bei der Kapitalerhöhung auszugebenden 1.600.000 Stück neuen stimmrechtslosen Vorzugsaktien (i) vor der Hauptversammlung, die über die Gewinnverwendung der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr beschließt, ausgeben werden, so sind die neuen stimmrechtslosen Vorzugsaktien erstmals für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr

gewinnberechtigt, (ii) anderenfalls sind sie ab Beginn des im Zeitpunkt ihrer Ausgabe laufenden Geschäftsjahres der Gesellschaft gewinnberechtigt und zwar jeweils ((i) und (ii)) gemäß der in Punkt 9. des Beschlusses festgelegten Gewinnberechtigung für Vorzugsaktien ohne Stimmrecht;

6. wenn die Umwandlung der 1.400.000 Stück Stammaktien in stimmrechtslose Vorzugsaktien (i) vor der Hauptversammlung, die über die Gewinnverwendung der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr beschließt, wirksam wird, so gilt die Gewinnberechtigung für Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gemäß Punkt 9. des Beschlusses für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr (ii) anderenfalls gilt die Gewinnberechtigung gemäß Punkt 9. des Beschlusses ab Beginn des im Zeitpunkt der Wirksamkeit der Umwandlung der Stammaktien in stimmrechtslose Vorzugsaktien laufenden Geschäftsjahres der Gesellschaft;
7. die Ausgabe von Vorzugsaktien mit gleichstehenden Rechten bei Verteilung des Gewinnes oder des Gesellschaftsvermögens (§ 129 Abs 2 Satz 2 AktG) wird ausdrücklich vorbehalten;
8. der Vorstand wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat (i) alle näheren Bedingungen der ordentlichen Kapitalerhöhung, der Ausgabe der neuen stimmrechtslosen Vorzugsaktien und der Durchführung der Kapitalerhöhung sowie (ii) alle weiteren Bedingungen für die Umwandlung der Stammaktien in Vorzugsaktien und der Durchführung dieser Umwandlung festzusetzen;
9. die Satzung wird in § 5 (Grundkapital, Aktien) in der Weise geändert, dass die Absätze (1) und (2) in Anpassung an die ordentliche Kapitalerhöhung mit Sacheinlage und Umwandlung von Stammaktien in Vorzugsaktien folgenden Wortlaut erhalten:

„(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 9.143.152,00 (Euro neun Millionen einhundertdreißigtausendeinhundertzweiundfünfzig) und ist eingeteilt in 6.143.152 Stück Stammaktien und 3.000.000 Stück stimmrechtslose Vorzugsaktien. Stammaktien und stimmrechtslose Vorzugsaktien sind Stückaktien ohne Nennbetrag und lauten auf Inhaber. Den stimmrechtslosen Vorzugsaktien stehen bei der Verteilung des Gewinns die in § 12 der Satzung bestimmten Vorrechte zu. Zur Ausgabe weiterer Vorzugsaktien, die bei der Verteilung des Gewinns oder des Gesellschaftsvermögens den vorhandenen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gleichstehen, bedarf es keiner Zustimmung der Vorzugsaktionäre; gleiches gilt für die Umwandlung von Stammaktien in Vorzugsaktien (§ 129 Abs 2 Satz 2 AktG). Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Anteile ist ausgeschlossen, soweit nicht eine Verbriefung nach den Regeln erforderlich ist, die an einer Börse gelten, an der die Aktien zugelassen sind.

(2) Jede Stammaktie gewährt eine Stimme. Den Vorzugsaktien steht kein Stimmrecht zu. Soweit jedoch den Vorzugsaktien nach dem Gesetz ein Stimmrecht zwingend zusteht, gewährt jede Vorzugsaktie eine Stimme. Das Stimmrecht kann auch durch Bevollmächtigte ausgeübt werden. Die Vollmacht muss einer bestimmten Person in Textform erteilt werden. Die Vollmacht muss der Gesellschaft übermittelt und von dieser aufbewahrt oder nachprüfbar festgehalten werden. Es können auch mehrere Personen bevollmächtigt werden.“;

10. die Satzung wird in § 12 (Jahresabschluss, Gewinnverteilung, Entlastung) Abs (4) und (5) in der Weise geändert, dass diese folgenden Wortlaut erhalten:

„(4) Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn, der sich nach Zahlung etwaiger Rückstände auf Vorzugsdividenden ergibt, vor den Stammaktien eine Vorzugsdividende in Höhe von EUR 0,03 je Vorzugsaktie. Anschließend werden auf die Stammaktien jeweils EUR 0,03 je Stammaktie verteilt. Reicht der verteilbare Bilanzgewinn in einem Geschäftsjahr zur Zahlung der Vorzugsdividende nicht aus, so ist der Rückstand ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachzuzahlen, dass die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen sind und die aus dem Bilanzgewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsdividende erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten ist. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils des Geschäftsjahres aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien geleistet wird.

(5) Über die Verwendung eines nach Durchführung von Abs 4 verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Die Hauptversammlung kann beschließen, den Bilanzgewinn ganz oder teilweise von der Verteilung auszuschließen. Der nach einem Beschluss der Hauptversammlung zur Ausschüttung bestimmte weitere Bilanzgewinn wird zur Zahlung eines zusätzlichen Gewinnanteils auf die Vorzugsaktien und die Stammaktien im Verhältnis der auf die Aktien geleisteten Einlagen verteilt. Einlagen, die im Laufe des Geschäftsjahres geleistet worden sind, sind nach dem Verhältnis der Zeit zu berücksichtigen, die seit der Leistung verstrichen ist. Bei Ausgabe neuer Aktien kann eine andere Gewinnberechtigung festgesetzt werden.“

Zur vorsorglich erfolgenden gesonderten Beschlussfassung der Aktionäre ausgenommen DSK Leasing GmbH & Co. KG über die Zustimmung zur Umwandlung von 1.400.000 Stück von DSK Leasing GmbH & Co. KG gehaltenen auf Inhaber lautenden Stückaktien in 1.400.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht schlagen Vorstand und Aufsichtsrat folgende Beschlussfassung vor:

Der Umwandlung von 1.400.000 Stück von DSK Leasing GmbH & Co. KG gehaltenen auf Inhaber lautenden Stückaktien in 1.400.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht sowie dem entsprechenden Beschluss der Hauptversammlung zu Punkt 5. der Tagesordnung wird zugestimmt.

2. Bezugsrechtsausschluss

Die Kapitalerhöhung der Gesellschaft soll gegen Einbringung von Forderungen der DSK Leasing GmbH & Co. KG (im Folgenden „**DSK**“) aus Nachrangkapital (§ 23 Abs 8 BWG) sowie Ergänzungskapital (§ 23 Abs 7 BWG) (im Folgenden „**DSK-Forderungen**“) als Sacheinlagen erfolgen. DSK sollen als Gegenleistung für die Sacheinlage 1.600.000 Stück neue stimmrechtslose Vorzugsaktien der Gesellschaft gewährt werden. Zur Durchführung der Kapitalerhöhung und Ausgabe der stimmrechtslosen Vorzugsaktien an die DSK soll das Bezugsrecht der übrigen Aktionäre auf die stimmrechtslosen Vorzugsaktien ausgeschlossen werden.

Gemäß § 153 Abs 4 AktG hat der Vorstand der Hauptversammlung einen schriftlichen Bericht über der Grund des Ausschlusses des Bezugsrechts vorzulegen. In diesem Bericht ist auch der vorgeschlagene Ausgabebetrag der Aktien zu begründen.

3. Gesellschaftsinteresse

Durch die Sacheinlage und Einbringung der DSK-Forderungen in die Gesellschaft erlöschen die Forderungen und damit die Verbindlichkeiten der Gesellschaft durch Konfusion (§ 1445 ABGB). Die Sacheinlage der DSK-Forderungen liegt insbesondere aus den folgenden Gründen im Interesse der Gesellschaft:

- Durch die Sacheinlage der DSK-Forderungen kommt es zu einer Umwandlung von nachrangigem Fremdkapital (§ 23 Abs 7 Z 4 BWG bzw § 23 Abs 8 BWG) in Eigenkapital. Dadurch wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft gestärkt.
- Die auszugebenden stimmrechtslosen Vorzugsaktien zählen gemäß § 23 Abs 1 Z 1 BWG zum Kernkapital und sind unbegrenzt als Eigenmittelbestandteil anrechenbar (§ 23 Abs 14 Z 1 BWG). Durch die Sacheinlage der DSK-Forderungen gegen Ausgabe der Vorzugsaktien werden somit die Anrechnungsgrenzen gemäß § 23 Abs 14 BWG erhöht.
- Nach der Sacheinlage der DSK-Forderungen entfällt der Zinsaufwand der Gesellschaft für diese Verbindlichkeiten. Daraus resultiert eine Ergebnisverbesserung für die Gesellschaft zugunsten aller Aktionäre. Die mit den stimmrechtslosen Vorzugsaktien verbundene Vorzugsdividende in Höhe von EUR 0,03 entspricht bei einem Bezugspreis pro Vorzugsaktie von EUR 2,50, der sich durch Division des Nominales

der die DSK-Forderungen von EUR 4 Mio durch die Anzahl der auszugebenden Vorzugsaktien von 1,6 Mio ergibt, rund 1,2% per annum. Diese Vorzugsdividende ist jedoch keine Mehrdividende zugunsten der Vorzugsaktien, sondern ist als partizipierender Vorzug auf den ohnehin zustehenden Gewinnverteilungsanspruch der Vorzugsaktien anzurechnen. Den Vorzugsaktien kommt nur dann ein höherer Gewinnanspruch als den Stammaktien zu, wenn nicht ausreichend Bilanzgewinn erzielt wird, sonst wird der Anspruch auf die Vorzugsdividende durch den zustehenden Gewinnverteilungsanspruch konsumiert.

- Durch die Ausgabe der stimmrechtslosen Vorzugsaktien an DSK gegen Sacheinlage kann ein über den durchschnittlichen Börsenkursen der Aktien von Autobank liegender Bezugspreis erzielt werden. Der volumengewichtete Durchschnittskurs (VWAP) der Aktie von Autobank für 90-Börsetage zum 04.05.2011 beträgt EUR 2,3203. Für den Zeitraum zwischen Handelsaufnahme der Aktie am 19.11.2010 und dem 04.05.2011 beträgt der volumengewichtete Durchschnittskurs (VWAP) EUR 2,3706. Der höchste Tagesschlusskurs der Aktie seit Handelsaufnahme am 19.11.2010 betrug EUR 2,53; der Tiefstkurs (Tagesschlusskurs) in diesem Zeitraum EUR 2,199. Der Tagesschlusskurs zum 04.05.2011 beträgt EUR 2,495. Der Bezugspreis pro Vorzugsaktie von EUR 2,50 liegt somit über dem derzeitigen Kursniveau der Stammaktien der Gesellschaft. (Kurse jeweils Xetra; Quelle: Bloomberg).

Das Interesse der Gesellschaft an der Sacheinlage der DSK-Forderungen ist somit gegeben.

4. Eignung und Erforderlichkeit

Die Sacheinlage der DSK-Forderungen unter Bezugsrechtsausschluss ist geeignet das angeführte Gesellschaftsinteresse zu erreichen. Die Maßnahme ist auch erforderlich.

Das verfolgte Ziel im Gesellschaftsinteresse kann nicht – jedenfalls nicht gleichwertig – durch eine Barkapitalerhöhung mit Bezugsrecht der Aktionäre erreicht werden. Zwar kann die Eigenkapitalstruktur der Gesellschaft auch durch eine Barkapitalerhöhung verbessert werden, allerdings wird dadurch keine gleichwertige Ergebnisverbesserung erzielt. Zur Ergebnisverbesserung muss der Zinsaufwand für die DSK-Forderungen entfallen. Die bestehenden Darlehensverträge zwischen DSK und der Gesellschaft zu den DSK-Forderungen können aufgrund der Vertragsbestimmungen und der BWG-Anforderungen an Ergänzungskapital bzw Nachrangkapital von Autobank derzeit durch Kündigung nicht beendet werden. Mit den Mitteln aus einer Barkapitalerhöhung könnten somit die Verbindlichkeiten der Gesellschaft aus den DSK-Forderungen nicht getilgt werden. Vielmehr könnten nur andere Verbindlichkeiten getilgt werden, die allerdings eine geringere Verzinsung als die nachrangigen DSK-Forderungen aufweisen. Mit einer alternativen Barkapitalerhöhung könnte somit der Zinsaufwand für die Gesellschaft nicht im gleichen Ausmaß verringert werden, sodass zur Ergebnisverbesserung der Gesellschaft die beiden

Maßnahmen nicht gleichwertig sind. Durch die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage unter Bezugsrechtsausschluss wird auch das Platzierungsrisiko einer Barkapitalerhöhung ausgeschlossen.

Auch eine gemischte Bar- und Sachkapitalerhöhung etwa im Wege des gekreuzten Bezugsrechtsausschlusses ist nicht gleichwertig geeignet, das Gesellschaftsinteresse zu erreichen:

- Von DSK kann die Sacheinlage der DSK-Forderungen nur erlangt werden, wenn nicht auch an andere Aktionäre Vorzugsaktien ausgegeben werden. Daher ist die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage nur unter Bezugsrechtsausschluss durchführbar und die Gesellschaft kann somit die angestrebte Verbesserung der Eigenkapitalstruktur und die Ergebnisverbesserung durch Reduktion des Zinsaufwands nur dann sicher erzielen, wenn die Sacheinlagevereinbarung mit DSK getroffen werden kann.
- Durch die Kapitalerhöhung unter Bezugsrechtsausschluss kann eine deutlich raschere und kostengünstigere Abwicklung erfolgen, da kein zeit- und kostenintensiver Wertpapierprospekt für ein öffentliches Angebot erstellt werden muss. Es entfallen auch potentielle Haftungsrisiken der Gesellschaft aus einer Prospekthaftung.

Der Bezugsrechtsausschluss für die Einbringung der DSK-Forderungen ist somit erforderlich und geeignet, um die angestrebten Ziele im Interesse der Gesellschaft und der Aktionäre zu erreichen.

5. Verhältnismäßigkeit

Die Interessen der Gesellschaft an der Maßnahme überwiegen die Interessen der vom Bezugsrecht ausgeschlossenen Aktionäre.

Durch die Ausgabe der Vorzugsaktien gegen Sacheinlage unter Bezugsrechtsausschluss erfolgt kein wesentlicher Eingriff in die Rechtsposition der vom Bezugsrecht ausgeschlossenen Aktionäre:

- Die Maßnahme führt – solange das Stimmrecht nicht wegen Ausfall des Dividendenvorzugs auflebt – nicht zu einer Verwässerung der Stimmrechtsquoten.
- Den Vorzugsaktien kommt zwar eine Vorzugsdividende zu, die den Ausschluss des Stimmrechts für die Vorzugsaktien kompensiert, diese ist jedoch keine Mehrdividende zugunsten der Vorzugsaktien, sondern ein partizipierender Vorzug, der auf den ohnehin zustehenden Gewinnverteilungsanspruch anzurechnen ist. Es kommt daher nur dann zu einem höheren Gewinnanspruch der Vorzugsaktien gegenüber den

Stammaktien, wenn nicht ausreichend Bilanzgewinn erzielt wird. Ansonsten wird der Dividendenvorzug durch den allgemeinen Gewinnverteilungsanspruch konsumiert.

- Der Bezugspreis je Vorzugsaktie von EUR 2,50 liegt über dem derzeitigen Kursniveau der Aktien der Gesellschaft (siehe oben unter Punkt 3.). Durch die Ausgabe der Vorzugsaktien kommt es somit nicht zu einer wertmäßigen Verwässerung der vom Bezugsrecht ausgeschlossenen Aktionäre.
- Grundsätzlich kann auch davon ausgegangen werden, dass kein Interesse von Aktionären besteht, die stimmrechtslosen Vorzugsaktien zu einem Preis über dem aktuellen Kursniveau der Aktien der Gesellschaft zu zeichnen.

Zusammenfassend ergibt sich, dass es durch den Bezugsrechtsausschluss zu keiner wesentlichen Beeinträchtigung der vermögensrechtlichen Position der vom Bezugsrecht ausgeschlossenen Aktionäre kommt. Demgegenüber überwiegt in einer Interessenabwägung das Gesellschaftsinteresse an der Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage unter Bezugsrechtsausschluss. Die Maßnahme ist somit verhältnismäßig.

6. Begründung des Bezugspreises

Als Gegenleistung für die Sacheinlage der DSK-Forderungen sollen an DSK 1.600.000 Stück neue auf Inhaber lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht der Gesellschaft zum Ausgabebetrag von EUR 1,00 pro Vorzugsaktie, der dem anteiligen Betrag am Grundkapital der Gesellschaft entspricht, ausgegeben werden.

Der Wert der zu gewährenden Aktien muss zum Wert der Sacheinlage in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Die Sacheinlage und Einbringung der DSK-Forderungen erfolgt zum Nominale der Forderungen von EUR 4 Mio. Für die Sacheinlage werden als Gegenleistung 1.600.000 Stück neue Vorzugsaktien ohne Stimmrecht von Autobank gewährt.

Aus Sicht des Vorstands der Gesellschaft ist es sachgerecht, für die Prüfung der Angemessenheit des Bezugspreises der stimmrechtslosen Vorzugsaktien auf die Aktienkurse der Aktien von Autobank abzustellen. Mit den Stammaktien ist das Stimmrecht verbunden und die Stammaktien haben aufgrund der Börsennotierung eine höhere Fungibilität als die auszugebenden stimmrechtslosen Vorzugsaktien. Diesen Ausstattungsmerkmalen der Stammaktien stehen der Dividendenvorzug der stimmrechtslosen Vorzugsaktien und das wiederauflebende Stimmrecht bei Entfall der Vorzugsdividende gegenüber. Die sonstigen Ausstattungsmerkmale der Stammaktien und der Vorzugsaktien, insbesondere der allgemeine Gewinnverteilungsanspruch und Anspruch auf Liquidationserlös, sind gleich. Es

kann daher aus Sicht des Vorstands auch hinsichtlich der Vorzugsaktien auf die Aktienkurse der notierten Stammaktien von Autobank abgestellt werden.

Der volumengewichtete Durchschnittskurs (VWAP) der Aktie von Autobank für 90-Börsetage zum 04.05.2011 beträgt EUR 2,3203. Für den Zeitraum zwischen Handelsaufnahme der Aktie am 19.11.2010 und dem 04.05.2011 beträgt der volumengewichtete Durchschnittskurs (VWAP) EUR 2,3706. Der höchste Tagesschlusskurs der Aktie seit Handelsaufnahme am 19.11.2010 betrug EUR 2,53; der Tiefstkurs (Tagesschlusskurs) in diesem Zeitraum EUR 2,199. Der Tagesschlusskurs zum 04.05.2011 beträgt EUR 2,495. (Kurse jeweils Xetra; Quelle: Bloomberg).

Der Bezugspreis pro Vorzugsaktie errechnet sich durch Division des Nominales der einzubringenden DSK-Forderungen von EUR 4 Mio durch die Anzahl der auszugebenden Vorzugsaktien von 1.600.000 Stück und beträgt somit EUR 2,50.

Der Wert der Sacheinlage entspricht bzw. übersteigt somit den Wert der als Gegenleistung auszugebenden stimmrechtslosen Vorzugsaktien. Der Wert der Sacheinlage steht somit in einem angemessenen Verhältnis zum Wert der auszugebenden Aktien und das Verhältnis der Anzahl der zu gewährenden Aktien zum Wert der Sacheinlage ist angemessen.

Wien, im Mai 2011

Der Vorstand:

